

"Der Leidensweg der EVG" in Süddeutsche Zeitung (31. August 1954)

Legende: Am 31. August 1954 kritisiert die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung vor dem Hintergrund des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) die Gegner dieses Projektes und schlägt vor, nochmals über die gemachten Fehler nachzudenken.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Joseph; SCHWINGENSTEIN, August. 31.08.1954, n° 200; 10. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_leidensweg_der_evg"_in_suddeutsche_zeitung_31_august_1954-de-9699fe02-6c88-4a52-9c7c-354310635dc6.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Der Leidensweg der EVG

Von Immanuel Birnbaum

Die Endabstimmung der französischen Nationalversammlung über die EVG hat, während diese Zeilen in Druck gehen, noch nicht stattgefunden, doch muß das Schicksal der Vorlage als besiegelt gelten. Selbst der Versuch der französischen Befürworter der Verteidigungsgemeinschaft um Teitgen, René Mayer und Guy Mollet, die Regierung Mendès-France zu neuen Verhandlungen mit den fünf anderen Unterzeichnerstaaten des Vertrages zu beauftragen, eröffnet kaum mehr eine Aussicht auf Rettung des Projekts, nachdem sich in den Verhandlungen von Brüssel herausgestellt hat, daß eine Verständigung über die weitgehenden französischen Abänderungswünsche fast unmöglich ist. Der jahrelange Streit um die EVG ist praktisch zu Ende; die Verteidigungsgemeinschaft wird in dieser Form nicht verwirklicht werden.

Die Verantwortung für diesen negativen Ausgang fällt in erster Linie auf Frankreich, dessen Parlament die Ratifizierung der Vorlage immer wieder vertagt hat. Nicht Mendès-France war der radikalste Gegner dieser Verteidigungsgemeinschaft; er hat aus Annahme oder Ablehnung des ursprünglichen Entwurfs keine Kabinettsfrage gemacht, hat auch die Wiederbewaffnung Deutschlands nicht im Prinzip bekämpft, sie allerdings von zusätzlichen Extravorteilen für Frankreich abhängig zu machen versucht. Seine durch taktische Manöver mehr verschleierte als geklärte Grundauffassung ist von einem neutralen Beobachter der französischen Politik in die Formel gebracht worden: Solange Frankreichs Finanzen in Unordnung, sein Produktionsapparat zurückgeblieben und seine Staatsführung schwach und unstabil bleiben, kann es kein Eckpfeiler der westeuropäischen Verteidigung werden; *nach* Durchführung des wirtschaftlichen Reformprogramms der jetzigen Regierung hätte dieser Ministerpräsident größere Aussichten, die Mehrheit von Volksvertretung und Nation für eine wirkungsvolle Beteiligung am Zusammenschluß Westeuropas zu gewinnen. Die Nationalisten um die Generäle de Gaulle und König, die von keiner Enttäuschung beirrten Anhänger des französisch-russischen Zweibundes um Herriot und Jules Moch und die immer noch recht starken französischen Kommunisten wären gewiß auch dann nicht für irgendeine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Deutschland zu gewinnen. Diesmal haben ihre ganz verschieden motivierten Ängste und Abneigungen über den ersten unvollkommenen Versuch einer Verteidigungsgemeinschaft des demokratischen Teiles von Europa gesiegt.

In England und in den Vereinigten Staaten vermeidet man es, Frankreich einseitig anzuklagen und beginnt sich der eigenen Mitverantwortung für den Mißerfolg der westlichen Außenpolitik der letzten Jahre bewußt zu werden. Londoner Stimmen erinnern bitter an den Optimismus, den Churchill und Eden allzulange hinsichtlich der Herstellung eines Gleichgewichtes der Kräfte zwischen West und Ost an den Tag legten; sie stellen den zuversichtlichen Prophezeiungen dieser Minister die harte Tatsache gegenüber, daß die Sowjetunion sich nicht nur als militärische Landmacht und als Luftmacht immer mehr verstärkt habe, sondern daß sie neuerdings auch als Seemacht die Briten bereits überrunden und an zweiter Stelle hinter die USA vorrücken konnte. Das führende amerikanische Blatt *New York Times* hält den Briten vor, sie hätten die EVG zwar empfohlen, sich aber aus Angst vor den westeuropäischen Konkurrenten nie daran beteiligen wollen. Auch die USA selbst hätten den Europäern in der Form dieser Verteidigungsgemeinschaft einen Verzicht auf nationalstaatliche Selbstbestimmung zugemutet, wie sie ihn selbst nie übernehmen würden. Das sind aner kennenswerte Bemühungen zu nachträglicher Selbstkritik. Wir sollten in Westdeutschland nicht dahinter zurückbleiben. Wir können nicht etwa vom hohen Roß herab behaupten, daß wir unsere Schuldigkeit immer voll erfüllt hätten. Haben wir nicht mindestens durch zeitweiliges ungeschicktes Vorpellen für das EVG-Projekt, das von dem Franzosen Pleven stammt, den falschen Eindruck erweckt, uns sei die Wiederbewaffnung eine Herzenssache – zur Befriedigung alter militärischer Neigungen oder womöglich gar außenpolitischer Sonderziele? Größere Zurückhaltung hätte in dieser Frage der inneren Einigkeit gedient und auch unseren Nachbarn mehr Vertrauen eingefloßt.

Solche Einsichten können lehrreich für die Zukunft werden, denn mit dem Scheitern der EVG ist die Frage der Verteidigung des nicht von Moskau aus kontrollierten Teiles von Europa nicht beendet, sondern vielmehr neu gestellt. Nach dem Erfolg, den die Genfer Konferenz der Abrundung der Macht des Ostblocks in Asien brachte, ist der neue diplomatische Erfolg Moskaus durch das Scheitern der gemeinsamen Gegenwehr Europas doppelt eindrucksvoll. Die Reaktion darauf kann nicht ausbleiben. Auch ein Politiker

wie Mendès-France hat sich unter diesem Eindruck von neuem zur atlantischen Verteidigungsgemeinschaft bekannt und auch ausgesprochen, eine Neutralisierung Deutschlands liege nicht im Interesse des Westens.

Die Inkraftsetzung des Generalvertrages in Deutschland, mit der uns die Westmächte jetzt über die neue Vertagung unserer gleichberechtigten Einordnung in ein freies Europa trösten wollen, enthält weder die Bewilligung eigener Wehrhoheit noch auch nur das Recht zu selbständiger Verhandlung mit unseren anderen Nachbarn. Ein so angesehenes deutsches Organ wie die Zeitschrift *Die Gegenwart* ist daher der Meinung, Adenauer solle die Zuerkennung einer solchen Souveränität im jetzigen Zeitpunkt nicht ernst annehmen. Darüber wird noch zu reden sein. Zum Glück scheint der Ostblock gegenwärtig in Europa auch seinerseits eine gewisse Atempause seiner Expansionspolitik nötig zu haben, so daß uns im Westen etwas Zeit bleibt, aus der Verwirrung herauszukommen. Niemand kann indessen voraussagen, wie lange diese Gnadenfrist des Schicksals dauern wird.